

### Das Schweigen im Westen ist das falsche Signal - Aufruf des Iranischen Widerstands

#### Dramatischer Appell an die Weltöffentlichkeit: "Von den Scheingerichten des Mullahs zum Tode verurteilt"



**1. Mai 2014 - Teheran/Berlin/ Hameln (wbn). Hassan Rohani wurde als „gebildeter Mullah“ und aufgrund des Studiums der Rechtswissenschaft im schottischen Glasgow mit viel Vorschusslorbeeren im Westen bedacht.**

Doch auch unter seiner Verantwortung geht das Töten und Morden im Iran weiter. Weit mehr als 700 Hinrichtungen politischer Gefangener sind seit seinem Amtsantritt zu verzeichnen. Exil-Perser in Berlin und in Hameln weisen nunmehr erneut auf die Missstände in ihrer Heimat hin, in der die Menschenrechte auch weiterhin mit Füßen getreten werden. Gerade Deutschland als Jahrzehnte langem traditionellen Handelspartner muss sich nach deren Ansicht auch der Situation in den Foltergefängnissen der Mullahs stellen. Während hier in den Mai gefeiert worden ist, sind unzählige politische Gefangene und Regimekritiker vom Tode bedroht, müssen stündlich mit der Hinrichtung rechnen.

*(Zum Bild: Demonstrierende Angehörige in Teheran. Foto: Iranischer Widerstand)*

Fortsetzung von Seite 1

Die Weserbergland-Nachrichten.de veröffentlichen deshalb nachfolgenden Appell des Iranischen Widerstands: „Aufruf, drei politische Gefangene aus Balutschistan zu retten, die in Kürze hingerichtet werden sollen: Am Donnerstag, dem 17. April, verlegten Henker des geistlichen Regimes zur Vorbereitung der Hinrichtung drei balutschische politische Gefangene, die zum Tode verurteilt sind, aus Einzelzellen der Geheimdienstabteilung des Gefängnisses

## Iranischer Widerstand: Drei politische Gefangene in Teheran unmittelbar vom Tode bedroht

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 01. Mai 2014 um 18:17 Uhr

---

Zahedan in Einzelzellen der Quarantänestation dieses Gefängnisses. Diese Gefangenen, denen der Mord an dem abscheulichen Staatsanwalt der Stadt Zabol zur Last gelegt wird, fehlten Anwälte und ihnen wurde kein fairer Prozess zugestanden. Sie wurden vor den Scheingerichten der Mullahs zum Tode verurteilt.

Am 26. Oktober 2013 erhängten auf Befehl Khameneis Henker des Regimes sechzehn balutschische politische Gefangene im Gefängnis Zahedan und die staatlichen Medien verbreiteten Fotos der Gehenkten, die brutal an Kräne gehängt waren. Der Staatsanwalt des Regimes in Zahedan sagte unverfroren: „Diese Individuen werden zur Rache für das Martyrium von Grenzwachen hingerichtet.“ (Nachrichtenagentur Tasnim, der Quds-Miliz unterstellt, 26. Oktober 2013)

Die kollektive und geheim gehaltene Hinrichtung von fünfzehn anderen balutschischen Gefangenen, die am 5. Februar im Gefängnis Chabahar durchgeführt wurde, und die Erhängung der Leiche von Ahmad Eissa Zehi, eines 23-jährigen Gefangenen, der vor der Hinrichtung an einem Herzanfall gestorben war (Oktober 2013), gehören ebenfalls zu den Verbrechen der Mullahs an den entrechteten Menschen von Balutschistan, die enthüllt worden sind.

Die Hinrichtungen von Gefangenen, besonders von politischen Gefangenen haben seit dem Machtantritt des trügerischen Mullahs Rohani zugenommen. Diese abscheulichen Taten werden begangen, um Angst und Schrecken zu erregen und große soziale Unruhen zu verhindern. Besonders sollen sie die entrechteten Menschen von Sistan und Balutschistan erschrecken. Sie haben die allgemeine Wut und den Abscheu vor dem religiösen Faschismus, der den Iran beherrscht, gesteigert.

Der iranische Widerstand fordert alle internationalen Körperschaften und Menschenrechtsorganisationen, insbesondere die Hohe Kommissarin der UNO für Menschenrechte und die zuständigen UN-Berichterstatter auf, sofort tätig zu werden, um die Hinrichtung der drei politischen Gefangenen aus Balutschistan zu verhindern. Das Schweigen und die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft angesichts der kriminellen Hinrichtungen im Iran, die allein während Rohanis bisheriger Amtszeit die Zahl 700 überschritten haben, hat der religiösen Diktatur, die den Iran beherrscht, Mut gemacht, die Hinrichtungen, Massaker und die barbarischen, geplanten Menschenrechtsverletzungen noch zu steigern.“